

**11. Oktober 1972: Beschluss des Politbüros des ZK der KPdSU
Über die Informationen für die SED-Führung über die in Moskau abgehaltenen Gespräche mit
dem Staatssekretär im Bundeskanzleramt, E. Bahr***

Der Entwurf der Weisungen an den sowjetischen Botschafter in Berlin ist zu bestätigen (Anlage).

Der Sekretär des ZK

[Anlage]**

Geheim. Ex. Nr. 1

An den sowjetischen Botschafter
Berlin

Suchen Sie Gen. Honecker auf und überbringen Sie ihm unter Berufung auf Ihren Auftrag nachfolgende Informationen über den Besuch des Staatssekretärs im Bundeskanzleramt, E. Bahr, in Moskau vom 8. bis 10. Oktober d. J.

Der Besuch E. Bahrs in Moskau fand auf Initiative der westdeutschen Seite statt. Wir kamen diesem Wunsch nach, weil wir von der mittlerweile üblich gewordenen Praxis regelmäßiger Beratungen zu Fragen der Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD und beide Seiten interessierender internationaler Probleme ausgingen. Bahr hatte Gespräche mit A. A. Gromyko und wurde zum Abschluss seines Besuches von Gen. L. I. Brežnev empfangen.

Während der Gespräche mit E. Bahr gab es einen Überblick über jene Maßnahmen, die in den letzten Jahren auf verschiedenen Gebieten der sowjetisch-westdeutschen Beziehungen durchgeführt wurden. Im Lichte der gesammelten Erfahrungen kamen wir überein, einige zusätzliche Schritte im Interesse der Ausweitungen der Beziehungen mit der BRD zu unternehmen, die insbesondere mit der Tätigkeit der gemischten Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, mit dem Austausch von Militärattachés u. a. in Verbindung stehen. All dies wurde ausführlich in der Mitteilung über den Aufenthalt E. Bahrs in Moskaus dargelegt.

Bei den Beratungen wurden die Vorbereitung und Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz sowie die Reduzierung von Truppen und Rüstungen in Europa angesprochen. Aus den Ausführungen E. Bahrs ging hervor, dass die Bundesregierung von den Amerikanern über den Inhalt der Gespräche zu diesen Themen mit H. Kissinger in Moskau informiert wurde. Die Regierung der BRD, so E. Bahr, sei mit den von uns dargebrachten Vorschlägen über den Zeitraum und den Ablauf der Vorbereitungen der gesamteuropäischen Konferenz im Allgemeinen einverstanden. Man konnte jedoch spüren, dass sich die Regierung der BRD scheinbar noch nicht gänzlich vom Gedanken verabschiedet hat, zwischen der Durchführung der gesamteuropäischen Konferenz und den Verhandlungen zu Fragen der Abrüstung in Europa irgendeine Verbindung herzustellen. Allerdings hat Bahr sein Interesse nicht mehr auf diese Frage gelenkt. Als ein gewisser Schritt nach vorne erwies sich die Mitteilung E. Bahrs über das von der BRD erteilte Einverständnis, die Abrüstungsverhandlungen nicht auf Grundlage der bestehenden Blöcke zu führen. E. Bahr sagte, dass die westdeutsche Seite in diesem Sinne eine entsprechende Vorarbeit unter ihren Verbündeten durchführen könne.

E. Bahr informierte überaus offen über die politische Lage in der BRD vor den Wahlen. Er tat es in Form von Kommentaren zum vertraulichen Schreiben von Kanzler W. Brandt an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, L. I. Brežnev, wo von der Absicht der Bundesregierung die Rede ist, sich strikt an den Kurs einer Fortentwicklung der Beziehungen mit den sozialistischen Ländern zu halten,

* RGANI, F. 3, op. 69, d. 466, S. 49. – Hs. vermerkt: „P[rotokoll] 64/106, 11. Oktober 1972. Der Beschluss ergeht an die Genossen Brežnev, Kosygin, Suslov, Katušev, Gromyko + [unleserlich]. Siehe die Korr[ektur]en des Gen. Katušev.“

** Ebd., S. 50–55. – Entwurf mit hs. Korrekturen des Sekretärs des ZK, K. F. Katušev, als Beschlussvorlage zu Punkt 106 des Prot. Nr. 64. – Nr. 2019/GS. 11. Oktober 1972.

dessen Grundstein mit dem Abschluss des Moskauer Vertrages gelegt wurde. In diesem Zusammenhang steht auch die Einschätzung der Perspektiven über eine Regelung der Beziehungen der BRD mit der DDR und der ČSSR. Der Grundtenor der Ausführungen E. Bahrs kann dahingehend zusammengefasst werden, dass sich die Regierungskoalition in einer überaus schwierigen Lage befinde und es keine festen Garantien für einen Wahlausgang zu ihren Gunsten gebe.

E. Bahr hob hervor, dass der Wahlerfolg der Koalition vor allem davon abhängt, ob es ihr gelingt, Fragen der Außenpolitik in den Mittelpunkt des Wahlkampfes zu rücken, um auf diese Weise die Aufmerksamkeit der Wähler von den für die Koalition weniger vorteilhaften innenpolitischen Themen abzulenken. E. Bahr zufolge sei dies aber nur dann möglich, wenn die „Ostpolitik“ der Koalition neue positive Ergebnisse zeitige, was vor allem die Frage der Aufnahme von Beziehungen mit der DDR betreffe. In diesem Zusammenhang unternahm er den Versuch, die im Brief von W. Brandt dargelegte These über die erforderliche Berücksichtigung von „Faktoren des fehlenden Friedensvertrages und der Zugehörigkeit beider deutscher Staaten zu einer Nation“ in einem Vertrag mit der DDR zu begründen. Anderenfalls, so E. Bahr, bestehe die Gefahr, dass ein solcher Vertrag, sollte er überhaupt unterzeichnet werden, keine Unterstützung im Bundestag finde und vom Verfassungsgericht der BRD für ungültig erklärt werde. Er bemühte sich, den Eindruck zu vermitteln, dass die Regierung der BRD nicht von diesen Forderungen abrücken könne und es sogar für möglich halte, dass die Verhandlungen zwischen der DDR und der BRD nicht vor den Wahlen in Westdeutschland abgeschlossen würden.

Unsererseits wurde mitgeteilt, dass die Verhandlungen zwischen der DDR und der BRD eine Gelegenheit der beiden deutschen Staaten seien. Selbstverständlich würden wir die Souveränität der mit uns freundschaftlich verbundenen DDR aufs Höchste achten und nicht die Absicht haben, in ihrem Namen zu sprechen. Dieselbe Herangehensweise gebe es unsererseits auch in Bezug auf die BRD. Deshalb wiesen wir dahingehende Spekulationen zurück, dass Fragen der Verhandlungen zwischen der DDR und der BRD in Moskau gelöst werden könnten. Gleichzeitig würden wir natürlich auch kein Hehl daraus machen, dass wir den Verlauf der Verhandlungen zwischen der DDR und der BRD aufmerksam verfolgen, im Rahmen unserer Möglichkeiten behilflich wären und uns wünschen, dass die Verhandlungen in naher Zukunft erfolgreich abgeschlossen werden.

In der Sowjetunion verstehe man, welche Bedeutung eine Übereinkunft mit der Deutschen Demokratischen Republik für die Regierung der BRD gerade in Zeiten von Bundestagswahlen habe. Unserer Meinung nach gebe es dafür auch reale Voraussetzungen. Die Regierung der DDR sei den Wünschen der westdeutschen Seite bereits sehr weit entgegengekommen, und dies habe, wie auch Bahr anerkannte, die Lösung zahlreicher, bei den Verhandlungen aufgeworfener Fragen möglich gemacht. Offensichtlich gebe es also Möglichkeiten, auch diejenigen Fragen zu regeln, zu denen bislang keine Einigung erzielt werden konnte, [d. h.] Fragen, bei denen es keine prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten gibt.

Gleichzeitig brachten wir beharrlich auch den Gedanken zum Ausdruck, die BRD solle nicht versuchen, ihre Forderungen in den Verhandlungen beständig auszuweiten. An alle Verhandlungen müsse man mit realistischen Positionen herangehen und nüchtern die Interessen und Möglichkeiten der Verhandlungspartner in Betracht ziehen. Unseren Informationen zufolge beinhaltet der Vertrag, dessen Konturen sich bei den Verhandlungen zwischen der DDR und der BRD abzeichnen, unabdingbare Elemente, die es erlauben, die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten auf die solide Basis von friedlicher Koexistenz und guter Nachbarschaft zu stellen. Bahr gegenüber wurde offen erklärt, dass ein solcher Vertrag noch vor einem oder zwei Jahren gänzlich unvorstellbar gewesen wäre. Und gegenwärtig würde es kaum noch jemand wagen zu sagen, dass ein solcher Vertrag zu einem späteren Zeitpunkt, unter anderen Bedingungen, abgeschlossen werden könne.

Wir gaben Bahr und damit auch Brandt den Rat, den Bürgern der BRD mitzuteilen, dass die Koalitionsregierung nunmehr einen Vertrag abzuschließen in der Lage sei, den keine andere Regierung zuvor jemals erhalten hätte. Ob die Bundesregierung diese historische Gelegenheit nun nutzt, hänge ganz von ihr alleine ab. Auf jeden Fall dürfe die wichtigste Sache – die Regelung der Beziehungen

mit der DDR – nicht durch Fragen von zweitrangiger Bedeutung in den Hintergrund rücken. Prinzipielle Lösungen hätten stets eine breite politische Herangehensweise erforderlich gemacht. Die Bundesregierung habe eine solche Herangehensweise bei der Vorbereitung und beim Abschluss der Verträge mit der UdSSR und der Volksrepublik Polen an den Tag gelegt, indem sie – im Wissen um die jeweils ganz unterschiedlichen Haltungen – sowohl die Frage der Wiedervereinigung als auch die eines Friedensvertrages ausklammerte. Wir empfahlen Bahr, auch dieses Mal in gleicher Weise vorzugehen. Indem wir uns auf die Darlegung unseres prinzipiellen Ansatzes beschränkten, gaben wir E. Bahr nicht die Möglichkeit, uns gegenüber irgendwelche konkreten Formulierungen im Zusammenhang mit den Verhandlungen zwischen der DDR und der BRD vorzuschlagen.

E. Bahr beharrte hartnäckig auf seiner Sichtweise. Erst nach einem längeren Gespräch sagte er, dass sich die Bundesregierung darum bemühen werde, Lösungen für all jene Fragen zu finden, die bei den Verhandlungen mit der DDR Schwierigkeiten verursachen. Es bleibt zu hoffen, dass in Bonn die entsprechenden Schlussfolgerungen aus unserem prinzipiellen Gespräch mit E. Bahr gezogen werden.

E. Bahr versuchte, die Ausweitung der Rechte der Westberliner Vertreter im Bundestag zur Sprache zu bringen. Bei den Gesprächen im Außenministerium der UdSSR hatte er sich darüber beklagt, dass die Sowjetunion in Fragen der außenpolitischen Vertretung Westberlins durch die BRD eine zu harte Linie verfolge.

Auf alle derartigen Äußerungen wurde Bahr geantwortet, dass es erforderlich sei, die Beschlüsse des Viermächteabkommens über Westberlin strikt einzuhalten und dass wir es niemandem erlauben würden, dieses wichtige Abkommen, das ein Ergebnis langer und schwieriger Verhandlungen darstelle, zu verwässern.

Das Treffen mit Bahr wurde unsererseits dafür genutzt, die westdeutsche Regierung zu ermuntern, auch in den Verhandlungen mit der ČSSR eine realistische Haltung einzunehmen. Dabei sprachen wir uns in der Frage der Nichtigkeitserklärung des Münchner Abkommens für eine Unterstützung der Vorschläge der ČSSR aus. E. Bahr berief sich auf die Schwierigkeiten bei der Lösung dieser Frage während des Wahlkampfes. Er gab zu verstehen, dass ein Hinderungsgrund für ein Vorankommen in dieser Frage die Haltung W. Scheels sei. Abschließend versprach Bahr, dass man in Bonn die gegebene Lage bei den Verhandlungen mit der ČSSR nochmals abwägen werde.

Einen bedeutenden Platz in den Gesprächen mit Bahr nahmen natürlich Fragen der Taktik der regierenden Koalition angesichts der sich zuspitzenden innenpolitischen Auseinandersetzung ein. Wir hoben hervor, dass wir weit davon entfernt seien, die Schwierigkeit der innenpolitischen Lage in der BRD zu unterschätzen. Monopolistische Kreise – oder zumindest bestimmte Teile von ihnen – würden es offensichtlich vorziehen, eine ihnen im Geiste näherstehende Regierung von CDU/CSU an der Macht zu sehen. Immerhin hätten sie es im Laufe zweier Jahrzehnte mit diesen Parteien zu tun gehabt. Aber es sei völlig undenkbar, dass auch diese Kreise die unbestreitbaren Vorteile, die der BRD aus dem gegenwärtigen außenpolitischen Kurs erwachsen, nicht erkennen. Sie müssten verstehen, dass die CDU/CSU eine Fortsetzung dieses Kurses nicht gewährleisten könne. Jedenfalls aber, sollten die Christdemokraten den Versuch unternehmen, entsprechend dem von ihnen verkündeten Programm Politik zu betreiben, so würden die staatlichen und nationalen Interessen der BRD aller Wahrscheinlichkeit nach erheblichen Schaden nehmen. Dahingehend wäre es sicherlich nützlich, mit den Vertretern der Wirtschaftskreise zu arbeiten.

Offen gesagt, verstehen wir beispielsweise die Befürchtungen des Großkapitals der BRD nicht. Es ist bekannt, dass die SPD überaus geschickt und nicht selten auch taktvoller als die CDU/CSU die Klasseninteressen der westdeutschen Bourgeoisie sicherstellt. Die Sozialdemokraten tun dies seit dem Zeitpunkt des Entstehens der BRD und unabhängig davon, ob sie sich an der Macht befinden oder auf den Oppositionsbänken sitzen. Wir als Kommunisten haben die SPD und auch alle anderen ihr verwandten westeuropäischen Parteien niemals als Kraft erachtet, die danach strebt, die Tore für die sozialistische Revolution weit aufzutun. Wir ließen Bahr wissen, dass wir dies auch in unseren Parteipublikationen so direkt zu Papier bringen werden. Es werden Worte der Wahrheit sein. Aber

wir denken, dass sie der SPD keineswegs schaden, sondern dass sie für sie in ihrer gegenwärtigen Situation vielmehr hilfreich sein werden.

E. Bahr sagte, dass sie selbst in diese Richtung denken. Er habe nichts gegen Kritik an der SPD seitens kommunistischer Parteien, falls diese prinzipielle ideologische Fragen betreffe. Vielmehr sei eine solche Kritik sogar nützlich. Ihrerseits habe die SPD-Führung die Absicht, beim bevorstehenden Parteitag eine prononcierte Linie in Richtung einer Abgrenzung zu den Kommunisten zu verkünden und mit diesen auch über so manches streiten zu wollen. Dies sei Bahr zufolge deshalb notwendig, weil die Opposition der westdeutschen Bevölkerung Angst vor der Schaffung einer Volksfront einjage. E. Bahr bat um Verständnis für die Haltung der Partei in dieser Frage. Die Führung der SPD rechne mit der Möglichkeit, dass etwa die SED bei ihrem Parteitag solche Reden zu ihren Gunsten auslegt und die Unvereinbarkeit der gesellschaftlichen Systeme der DDR und der BRD unterstreicht und die sozialdemokratische Ideologie kritisiert. Dabei sei es jedoch wichtig, dass die Polemik nicht auf die zwischenstaatlichen Beziehungen übergreift.

Wir verwiesen darauf, dass wir uns immer gegen jede Form von Antikommunismus ausgesprochen hätten. Die Sozialdemokraten müssten einfach anerkennen, dass die DKP ein wichtiger progressiver Faktor im gesamten gesellschaftspolitischen Leben der BRD sei. Was die Kritik an den ideologischen Konzeptionen der SPD angehe, so wären wir bereit, unsere Parteipresse in entsprechender Art und Weise auszurichten.

Im Verlaufe aller Gespräche mit E. Bahr gingen wir von einer gemeinsamen Marschrichtung der sozialistischen Länder bezüglich der BRD aus, die beim Treffen auf der Krim festgelegt worden war, einschließlich der Linie in Fragen der Verhandlungen zwischen der DDR und der BRD, die mehrfach zwischen uns und der SED-Führung abgesprochen worden war. Wir verbargen nicht unser Interesse daran, dass die Linie der Regierung der BRD in Richtung einer Entwicklung der gutnachbarschaftlichen Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern beibehalten und fortgesetzt werde. Auch wurde unsererseits zum Ausdruck gebracht, dass – ungeachtet der nicht geringen Schwierigkeiten, mit denen sich die Koalitionsparteien in diesem noch nie da gewesenen harten Wahlkampf konfrontiert sehen – sie objektive Chancen auf einen Wahlsieg hätten und es den Wählern etwas anzubieten und vorzuweisen gebe.

Die Umsetzung ist telegraphisch zu bestätigen.